



Delegierter für das Flüchtlingswesen
Délégué aux réfugiés
Delegato ai rifugiati

neu: BUNDESAMT FÜR FLÜCHTLINGE

3003 Bern, 5. Dezember 1990 A/ner

| | | |
|------|---------|-----------|
| EJPD | 06. DEZ | 90.063475 |
| GS | 4053041 | |
| | | |

TREVI-Konferenz in Rom vom 6./7.12.1990

Statement der Schweiz

von Peter Arbenz, Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge, Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, Bern

Herr Präsident,
Herren Minister,
meine Damen und Herren

Im Namen der Schweizer Delegation möchte ich für die Einladung zur Herbstsitzung der TREVI-Gruppe nach Rom sehr herzlich danken. Es ist für uns eine besondere Freude, als Nicht-EG-Mitglieder an dieser Runde teilzunehmen. Leider ist es unserem Bundespräsidenten und Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, Prof. Arnold Koller, nicht möglich, persönlich anwesend zu sein, da er an Feierlichkeiten für seinen Nachfolger im Präsidium, Herrn Bundesrat Flavio Cotti, mitzuwirken hat.

Lassen Sie mich zunächst kurz über die schweizerische Lage im Flüchtlings- und Migrationsbereich orientieren:

Die Schweiz hat im Jahre 1990 bis Ende November 32'750 Asylgesuche entgegengenommen. Die Anerkennungsquote sank im gleichen Zeitraum auf 4 %. Erstmals bildeten in den letzten Monaten die Jugoslawen die grösste Gruppe, gefolgt von den Türken, den Tamilen und den Libanesen. Kräftig zugelegt haben dieses Jahr auch die Rumänen.

Obwohl Mitte Jahr das Eidgenössische Parlament mit einem dringlichen Bundesbeschluss ein beschleunigtes Asylverfahren einführte, gelang es den Asylbehörden wegen der grossen Zahl neuer Asylbewerber nicht, alle eingehenden Gesuche sofort zu behandeln. Wir

sitzen deshalb gegenwärtig auf einem Berg von gegen 60'000 unerledigten Gesuchen.

Angesichts der guten schweizerischen Wirtschaftslage einerseits, der prekären Menschenrechtssituation und bürgerkriegsähnlichen Zuständen in einigen Herkunftsländern andererseits, verlassen immer weniger abgewiesene Asylbewerber die Schweiz freiwillig und gestaltet sich auch die Repatriierung immer schwieriger.

Die Schweiz ist sich längst darüber klar geworden, dass der Schlüssel zur Lösung der heutigen Flüchtlings- und Migrationsprobleme in der internationalen Zusammenarbeit liegt. Wir sind deshalb dankbar, dass sich die EG-Staaten grundsätzlich bereit erklärt haben, das Übereinkommen über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft gestellten Asylantrags für Drittstaaten zu öffnen. Nachdem es sich hier im Grunde lediglich um eine internationale Arbeits- und Lastenteilung handelt, sollte die Erweiterung und rasche praktische Anwendung dieser Vereinbarung keine grösseren Probleme bewirken. Wichtig scheint uns vor allem, dass heute schon die organisatorischen und technischen Vorbereitungen getroffen werden, damit die Vereinbarung kurz nach ihrer Ratifizierung durch alle Signatarstaaten sofort greifen kann. Ein wichtiges Element hierfür ist zweifellos der internationale Datenaustausch.

Die westeuropäischen Aufnahmestaaten, USA, Kanada und Australien haben im Laufe dieses Jahres grosse Fortschritte erzielt in der gemeinsamen Entwicklung einer internationalen Strategie für eine Flüchtlings- und Migrationspolitik. Staaten, die gleiche Flüchtlingsgruppen aufnehmen, gehen daran, mit den Herkunftsländern Verbindung aufzunehmen und mit ihnen zusammen gemeinsame konkrete Aktionsprogramme durchzuführen. Im Rahmen der informellen Konsultationen im Asylbereich in Europa, Nordamerika und Australien ist es sodann gelungen, Elemente für eine gemeinsame Plattform zu formulieren, die im kommenden Jahr Grundlage für eine Konferenz unter interessierten Aufnahmestaaten auf Ministerebene sein könnte.

Was die Lage im Bereich des Terrors anbetrifft, so kennt die Schweiz bisher keinen nationalen Terrorismus. Hingegen wurde unser Land verschiedentlich von internationalen Terrorgruppen als logistische Basis benützt. Im Moment scheint uns die terroristische Gefahr, welche vom Nahen und Mittleren Osten ausgeht, gegenwärtig auch für die Schweiz am akutesten, mindestens so lange, als sich die Golfkrise nicht entschärfen lässt.

Ein wachsendes Problem bildet in der Schweiz der Extremismus unter jüngst eingewanderten ausländischen Minderheiten aus Konfliktgebieten. Als Folge des starken Einwanderungsdruckes gibt es in unserem Land vermehrt Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte und fremdenfeindliche Äusserungen.

Die Schweiz ist aus all diesen Gründen daran interessiert, mit den übrigen europäischen Staaten im Bereich der Terrorabwehr, aber auch auf anderen Gebieten, in denen die TREVI-Gruppe aktiv ist, Informationen auszutauschen und mitzuwirken.

Auf dem Gebiet des Drogenhandels und -konsums konnten grosse Mengen von Heroin sichergestellt werden. Die Balkanroute macht uns aber zunehmend Sorgen. Geradezu überschwemmt wird die Schweiz gegenwärtig von Kokain kolumbianischer Herkunft.

Die Zentralstelle für Rauschgiftbekämpfung des Justiz- und Polizeidepartementes konnte dieses Jahr beträchtlich verstärkt werden. Wichtig scheint uns, dass auch die internationale Zusammenarbeit intensiviert und bei der EDV-mässigen Datenverarbeitung Doppelspurigkeiten vermieden werden.

Zu häufigen Diskussionen Anlass gab in letzter Zeit der illegale Handel mit Kriegsmaterial, obwohl die Schweiz im internationalen Vergleich eine der schärfsten Normierungen über die Waffenherstellung kennt, ist es ihr noch nicht restlos gelungen, Schiebergeschäfte zu unterbinden. Die jüngsten Vorkommnisse mit Lieferungen von Bestandteilen oder Know-How im Bereich der Raketentechnologie oder beim Aufbau von Kampfgasfabriken in politischen Spannungsgebieten haben wohl gesamteuropäische Gesetzgebungslücken aufgezeigt. In der Schweiz besteht auch der politische Wille, den verbrecherischen Gebrauch von Waffen nachhaltig einzudämmen.

Obwohl die Schweiz nicht Mitglied der EG ist, ist sie mit Europa solidarisch. Sie ist auch gewillt, ihren Beitrag zur Ueberwindung der akuten wirtschaftlichen Probleme Osteuropas und zur Förderung des Demokratisierungsprozesses auf föderalistischer Basis zu leisten.

Zur Kenntnis an:

- Herrn Bundespräsident Arnold Koller
- Herrn Botschafter Rudolf Weiersmüller, EDA
- Herrn Dr. Roland Burkhard, Bundesanwaltschaft
- GS/EJPD
- Herrn W. Padrutt, Bundesanwalt
- Herrn Staatssekretär Klaus Jacobi, EDA
- DIR-Mitglieder des BFF